

Kieswerk Birkenbühl GmbH & Co. KG

**Kiesabbau im Waldgebiet 'Dellenhau'
auf Gemarkung Hilzingen**

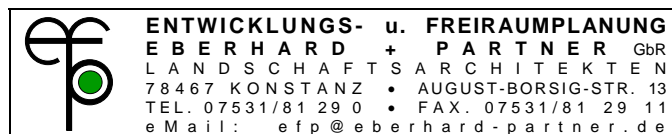
UVP-Vorprüfung

Stand: Mai 2019

UVP-Vorprüfung
zum
Kiesabbau im Waldgebiet 'Dellenhau'

Antragsteller: Kieswerk Birkenbühl GmbH & Co. KG
Talstr. 20
78224 Singen-Überlingen a. Ried

Planer:



Inhalt

1.	Angaben des Vorhabensträgers zur Vorbereitung der UVP- Vorprüfung	1
2.	Merkmale des Vorhabens.....	2
3.	Standort des Vorhabens	6
4.	Mögliche Auswirkungen und Beurteilung der Erheblichkeit	7
5.	Fazit.....	8

1.	Angaben des Vorhabensträgers zur Vorbereitung der UVP- Vorprüfung
Anforderungen	<p>Gemäß Ziff. 4.4.4. der Anlage 1 des Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) ist bei Kiesabbauvorhaben zwischen 10 und 25 ha Fläche eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 1 UVPG vorzunehmen.</p> <p>Wird in einem vorgelagerten Verfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, kann gemäß § 13 UVwG im nachfolgenden Zulassungsverfahren die Prüfung der Umweltverträglichkeit auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen des Vorhabens beschränkt werden.</p>
ROV	<p>2014 bis 2018 wurde für das geplante Vorhaben ein Raumordnungsverfahren durchgeführt. Die Raumordnerische Beurteilung kam zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben unter Berücksichtigung festgelegter Maßgaben mit den Erfordernissen der Raumordnung übereinstimmt.</p>
Umweltauswirkungen	<p>Die Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) ist der Beitrag des Vorhabensträgers zur Bereitstellung der Informationen, die für die Prüfung der Umweltverträglichkeit des geplanten Vorhabens notwendig sind. Sie dient dazu, die Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt darzustellen und nachzuweisen, dass vermeidbare Beeinträchtigungen der Umwelt unterbleiben und unvermeidbare Beeinträchtigungen der Umwelt weitgehend ausgeglichen werden können. Der Beitrag wurde für das Raumordnungsverfahren erstellt (Unterlage 1: Antragsunterlagen zum Raumordnungsverfahren; Eberhard + Partner, November 2016).</p> <p>Die UVU gliedert sich in zwei Teile:</p> <ul style="list-style-type: none"> - in die Raumanalyse Die Raumanalyse dient der Beschreibung und Bewertung der Umwelt und ihrer Bestandteile vor Durchführung des Vorhabens (Bewertung der Ausgangssituation); - in die Wirkungsprognose In der Wirkungsprognose erfolgt eine Einschätzung der zu erwartenden umwelt- und raumbedeutsamen Auswirkungen des geplanten Vorhabens unter Berücksichtigung möglicher Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Minimierung von Beeinträchtigungen sowie deren Ausgleichbarkeit (Beurteilung der Umweltauswirkungen).

2.

Merkmale des Vorhabens

Lage

Der Abbaustandort 'Dellenhau' liegt innerhalb eines großflächigen Waldgebiets, das sich zwischen Singen, Rielasingen, Gottmadingen und Hilzingen erstreckt. Eine Zäsur im Waldverband bilden die Bahnstrecke Singen-Schaffhausen sowie die von Singen nach Gottmadingen führende B 34. Der geplante Abbaubereich liegt unmittelbar an der B 34 zwischen Gottmadingen (im Süden) und Singen (im Norden) und umfasst eine rd. 17 ha große Fläche. Die räumliche Lage des geplanten Vorhabens ist **Abb. 1** zu entnehmen.

Beantragte
Abbaufläche

Die Abgrenzung der zum Abbau vorgesehenen Fläche ergibt sich durch die Infrastrukturanlagen (B 34, Bahnstrecke) sowie die Mächtigkeit des Kiesvorkommens. Der Abbau soll auf den Flurstücken Nr. 5751/2 und 8431 erfolgen. Bei der betroffenen Waldfläche handelt es sich um Staatswald, der sich im Eigentum des Landes Baden-Württemberg befindet.

Der Umfang der Abbaufäche beträgt insgesamt 15,7 ha aufgeteilt in das Teilgebiet Nord mit rd. 11,0 ha, und das Teilgebiet Süd mit rd. 4,7 ha. Das Abbauvolumen beläuft sich auf rd. 1,6 Mio m³¹.

Gegenüber der Vorplanung (ROV) wird der forstwirtschaftliche Hauptweg abschnittsweise aus dem Abbaubereich verlegt und dadurch die nördliche und westliche Teilfläche arrondiert (Teilgebiet Nord). Dadurch ergeben sich wesentliche Vorteile im Betriebsablauf sowie hinsichtlich der Rohstoffbilanz.

Maßgaben

Die in der Raumordnerischen Beurteilung für das anstehende Genehmigungsverfahren festgesetzten Maßgaben werden bei der Planung umgesetzt (siehe hierzu **Unterlage 1, Kap. 4.2** Abbauplanung sowie **Kap. 5.2** Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen). Hierzu dienen insbesondere:

- Schutzstreifen gegenüber den grenzenden forstlich genutzten Flächen, Grundstück der Bahn sowie B 34.
- Erhalt der bestehenden Wegeverbindungen (auch während des Abbaus). Die Gemeindeverbindungsstraße 'Katzentaler Weg' wird vom Abbau ausgenommen.
- Schutzzone um den nach § 12 DSchG geschützter Grabhügel 'Heidenbühl' (Sicherheitsabstand von 30m gemessen ab dem eingemessenen Hügelrand).
- verkehrstechnische Optimierung der Werkszufahrt.
- Festlegung der Abbausohle mit einer Überdeckung von 2m über dem ermittelten Grundwasserstand.

¹ aufgrund der Arrondierung sowie einer detaillierter Massenermittlung (vgl. Unterlage 1, Übersicht 4.1) weichen die Werte gegenüber der vorläufigen Flächen- und Massenbilanz (Antragsunterlagen zum Raumordnungsverfahren, Übersicht B.2) ab.

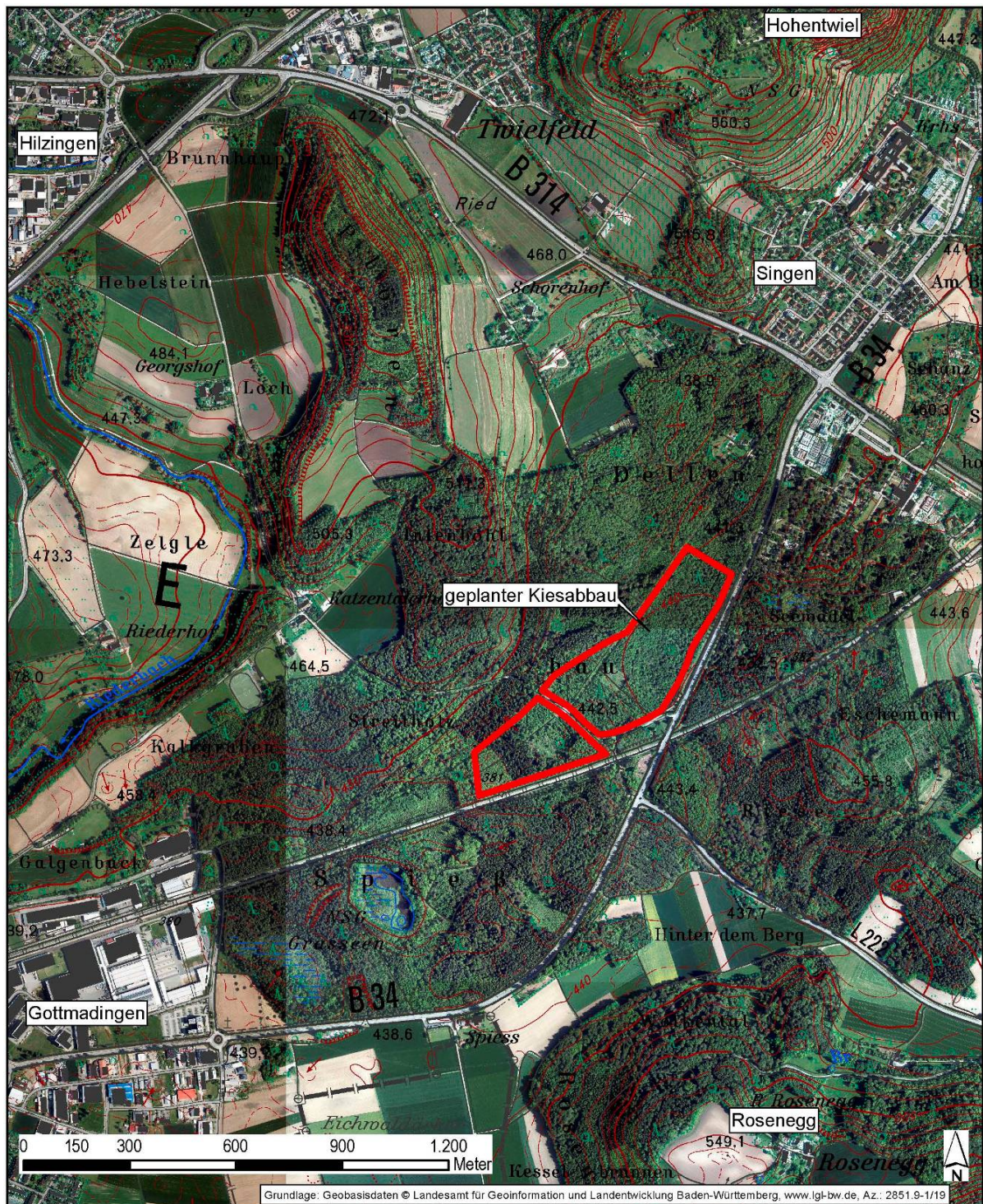


Abb. 1: Geplantes Vorhaben

relevante Sachverhalte	Für die Beurteilung des Vorhabens wesentliche Bestandteile, die gegenüber der Vorplanung geändert worden sind, beschränken sich auf die Werksplanung sowie Anbindung an das öffentliche Straßennetz:
Kieswerk	Das im geplanten Abbauggebiet 'Dellenhau' gewonnene Material wird komplett vor Ort aufbereitet, um einen zusätzlichen LKW-Werksverkehr zwischen dem Standort Überlingen am Ried und dem geplanten Abbauggebiet zu vermeiden. Das ursprüngliche Betriebskonzept (ROV) sah vor, für die Übergangszeit den gewonnenen Kies im Kieswerk Birkenbühl in Überlingen am Ried aufzubereiten. Die Kiesaufbereitung findet in der Übergangsphase (rd. 2 bis 3 Jahre) auf dem noch nicht abgebauten Gelände durch eine mobile oder semimobile Anlage statt. Sobald im Abschnitt 1 der Kieskörper abgebaut worden ist und genügend Fläche auf der Abbausohle zur Verfügung steht, wird die Aufbereitungsanlage entsprechend tiefer verlegt. Auf eine Brecheranlage wird verzichtet.
Betriebszufahrt	Unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit wurde die Erschließung des Abbaugebiets gegenüber der Vorplanung überprüft und eine Anbindung an die B 34 über die Gemeindeverbindungsstraße 'Katzentaler Weg' zugunsten einer separaten, neuen Werkszufahrt aufgegeben (siehe Unterlage 1.5). Durch die Entflechtung werden Radfahrer nicht mehr vom an- und abfahrenden Werksverkehr tangiert.
zu erwartende betriebsbedingte Emissionen	Die bei der Abbautätigkeit und Verarbeitung des Kieses in den Werksanlagen entstehenden Emissionen (Lärm, Stäube) wurden im Rahmen des Raumordnungsverfahrens detailliert untersucht (DEKRA 2016a, Unterlage 4.4.1 , DEKRA 2016b, Unterlage 4.4.2). Auf Basis dieser Untersuchungen sind die Planänderungen (Werksplanung, Betriebszufahrt) hinsichtlich ihrer Auswirkungen bewertet worden.
Lärm	<p>In ihrer Stellungnahme kommt die DEKRA (2019) zu folgendem Ergebnis (s. Unterlage 4.4.3):</p> <p>Bei der Ermittlung der Beurteilungspegel wurden die aus schalltechnischer Sicht maßgeblichen Abbauzustände 3 und 7 von insgesamt 8 Abbauzuständen untersucht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abbauzustand 3 - der nach Norden ungünstigste Zustand - Abbauzustand 7 - der nach Süden ungünstigste Zustand <p>Nach den Berechnungen können für die untersuchten Immissionsorte folgende Bewertungen vorgenommen werden:</p> <p>Die schalltechnisch ungünstigste Immissionsorte bilden I 01 (Waldfriedhof SW-Ecke) sowie I 06 (Singen Krankenhaus).</p> <p>Im Ausbauzustand 3 und 7 werden die Immissionsrichtwerte (IRW)</p> <ul style="list-style-type: none"> - I 01 (Waldfriedhof SW-Ecke) IRW um 8 - 10 dB unterschritten, - I 06 (Singen Krankenhaus) IRW um 6 - 7 dB unterschritten. <p>Die Schallimmissionen sind während der Anfangsphase unkritischer als die Abbauzustände 3 und 7.</p>

Der untersuchte Anlagenzielverkehr erhöht den Beurteilungspegel (Pegeldifferenz) um 1,0 dB (A) (I 01 - Waldfriedhof SW-Ecke) bzw. um 0,1 dB (A) (I 02 - Waldfriedhof Schaffhauser Str. 177, I 03 Whs Forsthaus). Bei allen anderen Immissionsorten¹ sind keine Pegeldifferenzen ermittelt worden.

Staub

In ihrer Stellungnahme kommt die DEKRA (2019) zu folgendem Ergebnis (s. **Unterlage 4.4.4**):

Da bei der Staubimmissionsprognose die Quellen auf der aktuellen Geländehöhe positioniert wurden und damit keine Abschirmung durch die ggfs. tieferliegende Abbausohle berücksichtigt wurde, hat der geplante Standort der Aufbereitungsanlage auf Geländehöhe zu Beginn des geplanten Abbaus keine Auswirkungen auf die berechnete Staubzusatzbelastung.

Es kann davon ausgegangen werden, dass trotz der Belastungen an Partikel PM₁₀, Partikel PM_{2,5} und Staubbiederschlag durch die Tätigkeiten auf dem Gelände des geplanten Kiesabbaus (Planung Stand 2019) die Immissionswerte nach TA Luft bzw. 39. BImSchV in der Umgebung der Anlage **sicher eingehalten werden**.

¹ Es wurden die Immissionsorte aus den bisherigen Untersuchungen ausgewählt, die bzgl. Straßenverkehrsimmissionen maßgeblich sein könnten.

3. Standort des Vorhabens

3.1 Bestandssituation

Veränderungen

Im Zuge der 2018 bis 2019 durchgeführten artenschutzrechtlichen Untersuchung (s. **Unterlage 4.1.2**, Büro für ökologische Landschaftsplanung, Kiechle) sind im Vorhabensgebiet Veränderungen der Bestandsstruktur festgestellt worden. Zum einen schritt die Waldentwicklung im Bereich der Windwurffläche voran. Die Bestände haben sich zu einem geschlossenen Waldbestand verdichtet. Weiterhin wurde 2016 im Rahmen der archäologischen Prospektion auf einer Fläche von 60 x 60m um den eisenzeitlichen Grabhügel der Jungwald gerodet. Die Fläche ist (noch) dem Biotoptyp Schlagflur (35.50) zuzurechnen, wird jedoch mittlerweile zunehmend von Gehölzaufwuchs eingenommen.

Einschätzung

Die 2014 getroffene Prognose, dass mit Voranschreiten der Waldentwicklung Bestandsveränderungen innerhalb der Gruppe der Vögel eintreten werden, hat sich im Rahmen der Untersuchung 2018 bestätigt. Festgestellt wurde ein **Rückgang von Offenland- und Ökotonarten**, ohne dass bereits die Gruppe der Waldvögel davon profitiert hätte. Das im Jahr 2018 ermittelte **Artenspektrum** setzt sich aus überwiegend ubiquitären Arten zusammen, die **geringe Ansprüche** an ihr Habitat haben und in ihren **Beständen nicht gefährdet sind**. Ausnahme bildet der Kuckuck, der erstmalig im Jahr 2018 im Plangebiet nachgewiesen wurde, allerdings nur mit Brutverdacht.

Anhand der Ergebnisse bei den 2018 erstmalig untersuchten Artengruppen Amphibien und Reptilien leitet sich ebenfalls **keine hervorzuhebende Bedeutung des Plangebiets** ab.

Neu besiedelt wird ein um das Hügelgrab freigeräumter Bereich von Individuen der Zauneidechse. Durch die Freistellung des Hügelgrabes hatte sich die Situation kurzfristig verändert, auch hier haben sich allerdings die Lebensbedingungen durch Sukzession bereits wieder erheblich verschlechtert.

4. Mögliche Auswirkungen und Beurteilung der Erheblichkeit

Prüfung	Die Prüfung der Auswirkungsprognose ergab keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen für das beantragte Vorhaben:
Mensch	Relevante schädliche Umwelteinwirkungen und damit eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit oder erhebliche Belästigungen sind durch das geplante Vorhaben nicht zu erwarten. Die im Zuge der Genehmigungsplanung angepasste Planung der Werksanlagen und Betriebszufahrt führt zu keiner Änderung der Beurteilung.
Naturhaushalt und Landschaftsbild	Die mit dem Vorhaben verbundenen Beeinträchtigungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild werden in Unterlage 1.1 Abbauantrag mit Landschaftspflegerischem Begleitplan detailliert untersucht und dargestellt. Im Ergebnis wird festgestellt, dass die Eingriffsfolgen mit der Umsetzung des vorliegenden landschaftspflegerischen Konzeptes bewältigt werden können. Das Konzept gewährleistet, dass unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen durch die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen ausgeglichen werden können. Es verbleiben keine nicht ausgleichbaren, erheblichen Beeinträchtigungen.
Natura 2000	Der geplante Kiesabbau liegt außerhalb des FFH-Gebietes Nr. 8218-342 „Gottmadinger Eck“ in einem Abstand von rd. 50 m. Im Rahmen des Raumordnungsverfahrens wurde eine Natura 2000 - Vorprüfung durchgeführt. Es wurde keine Betroffenheit des FFH-Gebietes festgestellt. Die in der Vorprüfung gemachten Angaben sind für das Antragsverfahren überprüft worden (s. Unterlage 1.4). Die Auswirkungsprognose hat auch keine Hinweise auf potenzielle indirekte Effekte (z.B. über den Grundwasserpfad oder durch zusätzliche verkehrliche Belastungen) erbracht.

5. **Fazit**

Die Vorprüfung des geplanten Vorhabens hat ergeben, dass auf Grund der Genehmigungsplanung keine zusätzlichen, erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen gegenüber der raumordnerischen UVU zu erwarten sind, die die Durchführung einer erneuten Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden.